Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 100 (1974)
Heft: 36

Artikel: Ueberfremdung - aneinander vorbei
Autor: Knobel, Bruno
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-512930

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bruno Knobel zu Leserbriefen:

Ueberfremdung – aneinander vorbei

Verketzert und verärgert?

In Nummer 31 habe ich zur 3. Ueberfremdungs-Initiative einige Fragen gestellt. Die dazu eingegangenen Leserbriefe weisen fast übereinstimmend zwei Merkmale auf: erstens drücken sie Verärgerung aus und zweitens geben sie zwar Antworten, aber kaum auf die gestellten Fragen. Ein einziger Leser gestand selber ein, seine Reaktion sei giftig, «aber das ist begreiflich angesichts der Tatsache, dass wir Befürworter der 3. Ueberfremdungs-Initiative so arg verketzert werden». Ein anderer war böse, «weil schon zur Schwarzenbach-Initiative der Nebelspalter kein einziges Votum *dafür* abgegeben hat».

Zu diesem Punkte mag es erlaubt sein, die Erinnerung etwas aufzufrischen: Zur *Schwarzenbach*-Initiative erschienen zwar einige kritische Artikel von Nebelspalter-Mitarbeitern; ebenso kamen aber zahlreiche befürwortende Leserstimmen zur Geltung. Und in einer Umfrage unter Nebelspalter-Mitarbeitern äusserten sich immerhin zwei deutlich und einer vage *für* die Initiative.

Zur 3. Ueberfremdungs-Initiative erschienen bisher m. W. vier Beiträge: Vor wenigen Monaten schrieb ich in einem Artikel, die Zahl unserer Ueberfremdungs-Initiativen dürfe nicht als Zeichen schweizerischer «Fremdenfeindlichkeit» gewertet werden, sondern als Indiz dafür, dass für einen grossen Teil der Schweizer Bürger die Zahl der Ausländer bei uns die obere Grenze überschritten habe. Das sei nicht erstaunlich, denn kein Land der Erde zähle einen so grossen Ausländeranteil, und in vielen Ländern begännen die Spannungen schon bei weit geringeren Anteilen. Ich schloss mit der Feststellung, es müsse also bei uns etwas geschehen, äusserte aber meine Zweifel daran, dass die 3. Initiative einen *vernünftigen* Weg weise. – Ein zweiter Beitrag war eine auf die Initiative bezogene Karikatur, die das Bestreben mancher Schweizer glossierte, das Rad der Zeit zurückzudrehen und aus der Schweiz eine vom Ausland abgeschirmte «Gartenlaube»-Idylle zu machen. – Auch der dritte Beitrag war eine Satire, in der ironisch übertrieben ein Ueberfremdungsgegner beschrieben wurde, der ernst macht mit der absolut konsequenten Ablehnung alles Fremden. – Im vierten Beitrag schliesslich stellte ich meine ganz konkreten und ernsthaften Fragen.

War das *wirklich* einseitig und eine Verketzerung?

«Die Ueberfremdung»

Einige Dinge sollten vielleicht etwas klarer auseinandergehalten werden:

Wohl *zuletzt* dem Nebelspalter kann man vorwerfen, er habe sich bis heute zu wenig gegen «die Ueberfremdung» eingesetzt. Allerdings sind die meisten Nebelspalter-Mitarbeiter der Auffassung, der Begriff «Ueberfremdung» sei beim Wort zu nehmen und bedeute Verfremdung des typisch Schweizerischen, Verfälschung schweizerischer Eigenart und Mentalität. Und sie neigen zur Auffassung, eine solche Ueberfremdung und Verfälschung sei zwar in alarmierender Weise im Gange, gehe aber kaum von den Ausländern in der Schweiz aus. (Wir idolisieren zwar den american way of life, wir veranglisieren unsere Sprache und orientieren uns gerne an allem modischen Schnickschnack im deutschen Fernsehen, aber wir nehmen uns weder die Art noch das Gehaben italienischer oder türkischer oder spanischer Fremdarbeiter zum *Vorbild*.) Die meisten Mitarbeiter des Nebelspalters glossierten dort, wo Verfremdung der «Schweizer Art» *wirklich* geschieht (inklusive «Ausverkauf der Heimat»), sahen aber gerade von seiten der in unserem Lande lebenden Ausländer – trotz ihrer Vielzahl – die geringste Gefahr einer Ueberfremdung schweizerischen *Denkens*. (Vielleicht weil die zunehmende Profilierung *«schweizerischen* Denkens» in den letzten Jahren gerade deshalb in so hohem Masse erfolgte, weil wir Schweizer uns so stark mit Ausländern konfrontiert sahen.)

Zum andern ist festzustellen, dass aber wohl die meisten auch jener Schweizer, die zwar keine Ueberfremdung «schweizerischer Art» empfinden, dennoch die Existenz eines Ueberfremdungsproblems bejahen. Denn was immer wer unter «Ueberfremdung» verstehen mag: Das Ergebnis der Schwarzenbach-Abstimmung sowie der Umstand, *dass* die Kette der Ueberfremdungs-Initiativen nicht abreisst, zeigt *so* deutlich den Wunsch eines grossen Teils der Schweizer Bürger, die Ausländerzahl, aus welchen Gründen immer, zu reduzieren, dass dieser Wunsch schon aus blossem Demokratieverständnis heraus respektiert werden muss. *Darüber gehen die Meinungen ja wohl kaum mehr auseinander.*

Fragen kann man sich indessen in guten Treuen, ob die 3. Ueberfremdungs-Initiative nicht weit über das Ziel hinausschiesst, indem sie das (unbestrittene) Problem *so* rigoros zu «lösen» trachtet, dass daraus unzweifelhaft neue und weit schwerere Probleme entstehen würden. Kurz gesagt: Wer vor einer Annahme der 3. Ueberfremdungs-Initiative warnt, ist deswegen noch kein Gegner der Ueberfremdungsgegner. Man kann ja z. B. auch Herrn Schwarzenbach nicht wohl nachsagen, er sei ein Ueberfremdungsfreund, nur weil er findet, die 3. Initiative gehe *zu* weit.

Bei einer solchen Ausgangslage aber fehlte m. E. für die Leserbriefschreiber jeder Anlass für eine saure oder giftige Reaktion und auch dafür, *«dem Nebelspalter» wegen seiner Haltung* Vorwürfe zu machen.

Die böse Landesbehörde

Nun gibt es Bürger, die zwar gegen die «Ueberfremdung» sind, aus *sachlichen* Gründen aber zur Ablehnung der 3. Initiative neigen und sich dennoch vehement für ihre Annahme einsetzen, nur weil sie dem Bundesrat (Leser: «Wir sind von ihm verraten worden!») mit dem Stimmzettel einen Denkzettel geben wollen. Der Bundesrat jedoch hat, und zwar im Einvernehmen mit dem immerhin vom Volke gewählten Parlament, Massnahmen getroffen; und was er bezüglich einer Reduktion der *Fremdarbeiter* versprochen hat, wurde eingehalten. Das muss gerechterweise festgestellt werden. Den Lesern, die daran zweifeln, sei empfohlen, nachzulesen, *was* der Bundesrat versprochen hat, und es mit dem Resultat zu vergleichen: Die *Fremdarbeiterzahl* wurde stabilisiert. Deshalb verdient auch die jüngste bundesrätliche Regelung zur Stabilisierung der *ausländischen Wohnbevölkerung* unser Vertrauen. Dass diese Regelung vielen Bürgern zu langsam zum Erfolg führen wird, spricht allerdings weniger gegen den Bundesrat als für seine staatsmännische Vernunft. Gerade jene Leute nämlich, die dem Bundesrat Vorwürfe machen, begründen dies meist damit, die Schweiz habe bezüglich Ueberfremdung seit vielen Jahrzehnten schwerste Fehler gemacht. Kann man aber von unserem *heutigen* Bundesrat fordern, dass er einen sich in *vielen Jahrzehnten* ausgewachsenen Fehler innert nur *dreier Jahre* zu korrigieren versuche in voller Erkenntnis der Tatsache, dass eine *solche* Korrektur nicht nur schlimmste und unabsehbare Folgen für den Staat hätte, sondern dass mit aller Sicherheit für diese Folgen niemand anders als er, der Bundesrat, verantwortlich gemacht würde und sicher nicht die Urheber der 3. Initiative, die sich vorsorglich schon heute der Verantwortung für die Folgen ihres Vorschlages entschlagen. (Leserbrief: «Den Halunken in Bern gehört ein Denkzettel! Die Ausländerreduktion *kann* gar nicht rigoros genug sein. Soll der Bundesrat nachher selber sehen, was er aus dem Scherbengericht macht!») Als ob das Scherbengericht nicht uns *alle* träfe.

Wegen solcher verbreiteter, von wenig Bereitschaft zur Selbstverantwortung zeugender Haltung kritisierte ich die «Inflation der Initiativen». Allerdings haben natürlich jene Leser recht, die darauf hinwiesen, die steigende Zahl von Initiativen sei eben nichts anderes als Ausdruck einer zunehmenden Zahl von Entzündungsherden im Staatskörper; es sei deshalb falsch, die *Qualität* der Initiativen zu kritisieren, man müsse dem Ursprung der Entzündung nachgehen. Ich meine aber, der Ursprung der Entzündung (z. B. der Ueberfremdungsgrad) sei nun wahrhaftig mit hinreichender Sicherheit diagnostiziert, und eben *diese* Diagnose habe zur 3. Ueberfremdungs-*Initiative* als der angeblich einzig richtigen *Therapie* geführt. Von jenen aber, die in Form einer Initiative dieses Heilrezept zu geben behaupten, sollte man doch wohl erwarten dürfen, dass sie sich *vor* dem Rezeptieren auch einige Gedanken darüber machen, *wie* die Kur dem Patienten anschlagen werde und *wie* überhaupt die Kur durchgeführt werden soll. Und so ist es denn doch wohl nichts anderes als schlichte Bürgerpflicht, sich hinsichtlich der 3. Initiative gerade über das *Wie* der *Ausführung* Gedanken zu machen. Ausdruck solcher Sorge waren meine wenigen, aber ganz konkreten Fragen.

Fragen und Antworten

Soweit der Versuch einer Zusammenfassung und replizierenden Erläuterung der hauptsächlichsten Inhalte der zahlreichen Leserbriefe. Erfreulicherweise gab es darin auch einige wenige Antworten auf die gestellten Fragen. Allerdings – auf *eine* der Fragen ging niemand ein: *Wie stellt wer während drei Jahren nach welchen Auswahlkriterien täglich 500 Ausländer an die Grenze?* Man fordert so leichthin die Ausweisung von 540 000 Ausländern innert 1095 Tagen, aber offenbar geht es den Leserbriefschreibern wie mir: Man kann sich ganz einfach nicht vorstellen, *wer* das *praktisch* bewerkstelligen kann, soll oder muss, und *wie*.

Unter diesen 540 000 Auszuweisenden werden auch etwa 240 000 *niedergelassene* Ausländer sein müssen, also Leute, welche ein in Staatsverträgen verbrieftes Recht auf ein Bleiben hätten. Meine Frage lautete: *«Wie werden 240 000 Niedergelassene innert 3 Jahren ausgewiesen»*, wenn die besagten Staatsverträge einer weit längeren Kündigungsfrist unterliegen? Darauf ging eine einzige Antwort ein: «Wegen der Kündigung der Niederlassungsverträge können Sie sich vertrauensvoll an den Jesuitenzögling im Bundesrat wenden, der es trefflich versteht, Probleme zu schubladisieren, wenn es ihm so passt, oder gar in den Ausstand zu treten und den Schwarzen Peter einem andern anzuhängen. Wir haben es doch schon zuviel erlebt, wie in bestimmte Vorlagen von den Bundesbehörden Wasser gegossen wurde, bis vom Sinne des Urtextes nur noch wenig vorhanden war. Sie können überzeugt sein, dass das Bundeshaus auch im Falle einer Annahme Mittel und Wege finden wird, die Ausführung auf die lange Bank zu schieben ...»

Der dies schrieb, ist – wie man weiss – nicht der einzige Bürger, der einerseits unseren Behörden vorwirft, sie pflegten den mehrheitlichen Volkswillen zu verwässern, der anderseits aber die schweren Folgen der 3. Initiative zwar erkennt, jedoch bewusst darüber hinwegsieht mit dem Hinweis, der Bundesrat brauche sich ja nicht so genau an den Wortlaut der Initiative zu halten, sondern dieser müsse eben in der Praxis verwässert werden. Das eben – so meine ich – trägt zur «Inflation der Initiativen» bei: Wenn Initiativtexte gemacht werden, deren Verfasser *wissen*, dass der Text gar nicht wortgetreu verwirklicht werden kann.

Die dritte Frage war, *mit welchen Gegenmassnahmen von Staaten, deren Niederlassungsverträge wir brächen, zu rechnen wäre*, vor allem im Hinblick auf die rund 300 000 Schweizer im Ausland. Dazu ebenfalls nur *eine* konkrete Leser-Antwort: «Soviel mir bekannt ist, lebt der kleinste Teil der Auslandschweizer in den Staaten, wo unsere Ausländer herkommen und die sich Pressionen doch wohl überlegen müssten, da wir ja immer noch ein ansehnliches Kontingent Ausländer behalten.» Das würde also heissen: Da wir mehr Ausländer haben als das Ausland Schweizer seien wir noch allemal die Stärkeren, und aus solcher «Stärke» heraus könne sich die Schweiz einen Rechtsbruch auch erlauben. Mit Verlaub und etwas sarkastisch gefragt: Wäre dies etwa auch eine jener so «echt schweizerischen Geisteshaltungen», die wir sorglich vor Ueberfremdung schützen müssen? (Im übrigen: es leben 12 600 Schweizer in Italien, 24 000 in der BRD, 30 500 in Frankreich ...)

Eine Antwort ging übrigens auch noch ein zur Nebenfrage, *wie denn eigentlich unsere AHV weiterfinanziert werden solle, wenn über 300 000 erwerbstätige Ausländer ausgeschafft würden.* Ein Leser schrieb lakonisch: «Meines Wissens würden viele schweizerische Arbeitnehmer 20–30 % mehr AHV-Prämien bezahlen ...» Dazu ist nun aber zu sagen, dass auch *ohne* Ausländerabbau nicht nur viele, sondern *alle* Arbeitnehmer bis zum Jahre 1985 eine um 40 % oder noch mehr erhöhte Beitragsbelastung werden auf sich nehmen müssen, weil in der Schweiz die Zahl der Rentner wächst, die Zahl der Erwerbstätigen aber abnimmt. Man schätzt ja, dass schon in 10 Jahren (ohne Ausländerabbau) auf je 3 AHV-Beitragspflichtige 1 Rentner entfallen wird. Von allen AHV-Beiträgen, die in den vergangenen 10 Jahren geleistet wurden, stammen rund 20 % von ausländischen Erwerbstätigen! Der Ausfall der AHV-Beiträge von über 300 000 ausgeschafften Ausländern würde – vor allem zusammen mit der hier nicht berührten, aber starken wirtschaftlichen Rezession nach einer Annahme der 3. Initiative, die ja auch zu gewaltigen Steuerausfällen führte – die AHV zweifellos ernsthaft gefährden.

Zahlen und Sündenböcke

Ich glaube, das Unbehagen wegen der Ueberfremdung darf nicht verteufelt werden. Aber selbst dort, wo das Unbehagen riesengross ist, darf man sich die Mühe nicht ersparen, den Text der 3. Initiative auf die Folgen, die eine Verwirklichung hätte, sachlich und seriös abzuklopfen und ernsthaft nicht nur nach wirksamen, sondern auch praktikablen Lösungen zu suchen. Und es nützt niemandem, am wenigsten der Sache, wenn man nun im Nachhinein nach Sündenböcken sucht, die *allein* verantwortlich seien für die Ueberfremdung. So wenn ein Leser schreibt: «*Wir* haben ja immer gewarnt. Schon bei einem Ausländerbestand von 340 000 hat der Gewerkschaftsbund den Mahnfinger erhoben!» Das stimmt. Und dennoch konnte die *Gewerkschaftskorrespondenz* kürzlich die Forderungen der 3. Ueberfremdungsinitiative auch nicht anders denn als «unsinnig und selbstmörderisch» bezeichnen!

Wenn wir nach praktikablen Lösungen des Ueberfremdungsproblems suchen, sollten wir uns auch bemühen, das simplifizierende Zahlendenken zu überwinden, das sich z. B. in der Bemerkung eines Lesers ausdrückt: «Heute entfällt auf je 5 Schweizer Bürger 1 Ausländer – fürchterlich!» Das stimmt in den blossen Zahlen wohl. Aber – um nur *ein* Beispiel zu nennen – in den letzten zehn Jahren wuchs die Zahl der Ausländer allein nur deshalb um rund 60 000, weil 31 000 Schweizerinnen durch Heirat mit einem Ausländer zu «Ausländerinnen» wurden und weil ihre rund 30 000 Kinder nun ebenfalls Ausländer sind. Vielleicht wären wir einen wesentlichen Schritt weiter in der Lösung des Ueberfremdungsproblems, wenn wir nicht immer nur von Gesamtzahlen sprächen oder von Aufenthaltern, Niedergelassenen, Saisonniers usw., sondern wenn wir stärker differenzierten und z. B. auch Kategorien nach *menschlichen* Gesichtspunkten bildeten: Schüler, Kranke, «Papier-Ausländer» ... Und in der Ausländer-Gesamtzahl stecken ja auch die politischen Flüchtlinge: Die Zahl der Asylgewährungen seit 1964 (also ohne jene bei der Ungarnkrise) beträgt über 20 000. Und sollte man nicht auch an die grosse Zahl der im Denken völlig «verschweizerten» Ausländer denken, vielleicht gerade im Hinblick auf die wachsende Zahl (politisch) auslandhöriger, also «überfremdeter» Schweizer? ... Globalzahlen führen oft zu allzusehr vereinfachten Schlussfolgerungen.

Ein äusserst kritisches Studium der Texte *aller* Ueberfremdungs-Initiativen halte ich aber auch aus einem anderen Grund für nützlich: Wir erkennen dabei nicht nur, welche nachteiligen Folgen ihre Verwirklichung brächte, nämlich welchen Preis wir bezahlen müssten. Sondern wir werden dabei auch erkennen, welche *Vorteile* wir durch das Bezahlen dieses Preises einhandelten. Gerade dabei aber könnte sich zeigen, dass eine grosse Zahl von allgemeinen und persönlichen Problemen, für welche «*die* Ueberfremdung» bequemer Sündenbock ist, selbst durch einen noch so rigorosen Ausländerabbau keineswegs gelöst wird.

«Hätt ich nu nie en Usländer a min Schild glah, dänn chönnt ich en na hebe.»

Diese Karikatur brachte der Nebelspalter im Jahre 1921, als der Ausländeranteil an der Bevölkerung in der Schweiz 10 % betrug (wie 1960). Im Jahre 1900 betrug er 12 %, im Jahre 1910 waren es 14 %, im Jahre 1970 errechnete man 16,2 % und 16,9 % im Jahre 1973.
Die 3. Ueberfremdungsinitiative will diesen in vielen Jahrzehnten gewachsenen Anteil innert dreier Jahre auf etwa 7 % reduzieren.